

## **Licht und Schatten des humanitären Austausches**

***Die Vermittlungstätigkeit der Senatorin Piedad Córdoba und die Rolle, welche Chávez in diesem Prozess spielt, könnte zu einer „win-win-Situation“ führen. Doch Voraussetzung dafür ist, dass die FARC diesen Moment als eine Chance sehen, die nicht vertan werden darf.***

*Von Alejo Vargas Velásquez, Professor an der Nationalen Universität und Direktor der Forschungsgruppe Sicherheit und Verteidigung*

Es gibt keinen Zweifel darüber, dass sich durch die Vermittlungstätigkeit der Senatorin der Liberalen Partei, Piedad Córdoba, und der Rolle, welche der venezolanische Präsident Chávez zu spielen beginnt, sich in Bezug auf das Thema des humanitären Austausches einiges bewegt hat. Dies hat in der kolumbianischen Gesellschaft, in der internationalen Gemeinschaft und natürlich auch bei den Familienangehörigen der Entführten Hoffnungen geweckt. Präsident Chávez hat sich zudem angeboten, eine Vermittlerrolle bei den Gesprächen zwischen der kolumbianischen Regierung und dem ELN einzunehmen. Doch zu den Hoffnungen kommen auch Schwierigkeiten und Risiken, die man beachten und ihnen soweit wie möglich vorbeugen muss.

Die FARC haben seit mehreren Jahren Unteroffiziere und Offiziere der Armee, PolitikerInnen, darunter die ehemalige Präsidentschaftskandidatin Ingrid Betancourt und ihre Vizepräsidentschaftskandidatin Clara Rojas, ParlamentarierInnen und auch drei US-Amerikaner von US-Firmen, welche mit dem Plan Colombia arbeiteten in ihrer Gewalt. Die FARC haben vorgeschlagen, diese Personen freizulassen, wenn dafür inhaftierte FARC-Guerilleros, die bereits verurteilt worden sind oder gegen die ein Prozess läuft, freigelassen werden. Dies läuft unter der Bezeichnung humanitärer Austausch.

### **Das Licht**

Die Akzeptanz der kolumbianischen Regierung und der FARC einer Rolle der guten Dienste oder der Vermittlung – noch ist die genaue Rolle nicht klar – durch Präsident Chávez in Bezug auf den humanitären Austausch eröffnet eine Chance, um in diesem leidvollen Thema voranzukommen. Dies nicht nur aufgrund des symbolischen Gehaltes von Chávez innerhalb der lateinamerikanischen Linken – eingeschlossen die kolumbianische Guerilla – sondern auch aufgrund seiner Möglichkeit, die Mitte-Links-Regierungen Lateinamerikas (Brasilien, Argentinien, Bolivien, Ecuador, Uruguay, Nicaragua, Kuba und Panama) zusammen zu rufen, um eine gemeinsame Front zur Unterstützung des humanitären Austausches und eines eventuellen Verhandlungsprozesses zur Überwindung des internen bewaffneten Konfliktes in Kolumbien zu bilden (eine Art Contadorgruppe für Kolumbien). Dies könnte einen strategischen Sprung zur Lösung des Konfliktes bedeuten. Das Interesse von Chávez für den humanitären Austausch und seine Suche nach internationaler Unterstützung – beim Präsidenten Frankreichs, den blockfreien Ländern, anderen lateinamerikanischen Ländern und der internationalen Gemeinschaft – gilt es positiv zu werten.

Zudem hat das Treffen von Senatorin Piedad Córdoba mit dem FARC-Führer Raul Reyes Alternativen eröffnet, welche an einem Treffen in Venezuela zwischen einem Vertreter der FARC mit Präsident Chávez weiter besprochen werden müssten. Dieses Treffen ist notwendig, bevor es zu Gesprächen im Ausland zwischen den Vertretern der kolumbianischen Regierung und der FARC kommen kann. Mehrere Länder haben ihr Territorium für solche Gespräche angeboten. Die wichtigste Funktion von Chávez ist in dieser ersten Phase, ein solches Treffen zustande zu bringen und dieses eventuell zu begleiten, sofern dies die Parteien wünschen. Dies wäre ein wichtiger Beitrag.

Was im Moment als sehr komplex und problematisch erscheint – ohne zu sagen, dass es nicht wichtig wäre – ist ein mögliches Treffen auf kolumbianischem Boden zwischen Chávez und dem Chef der FARC Manuel Marulanda. Dies würde die Einstellung von militärischen Aktionen in der Region des Caguán bedeuten, was bei einem Grossteil der KolumbianerInnen auf Ablehnung stösst und von der kolumbianischen Regierung prinzipiell abgelehnt wird. Vielleicht könnte ein solches Treffen möglich werden, wenn ein humanitärer Austausch zustande gekommen ist und es klare Perspektiven für mögliche Friedensgespräche zwischen der Regierung und der FARC gibt. Aber ein derartiges Treffen als einen unverzichtbaren Schritt für einen humanitären Austausch zu betrachten, wäre kaum angebracht. Den humanitären Austausch müssen die Vertreter beider Seiten bei Gesprächen im Ausland klären.

Ebenso ist es wahrscheinlich, dass bei den Gesprächen zwischen der Regierung und dem ELN die aktuellen Schwierigkeiten nicht leicht überwunden werden können, wenn es nicht die Intervention einer mächtigen und einflussreichen Drittpartei gibt, welche den beiden Kontrahenten das politische Vertrauen gibt, das im Moment nicht da zu sein scheint. Und diese Drittpartei könnte zweifellos im jetzigen Moment Präsident Chávez sein.

### **Allianz Uribe – Chávez?**

Alles scheint darauf hinzuweisen, dass es zu einer Art strategischen Allianz zwischen zwei politisch und ideologisch gegensätzlichen Präsidenten kommt, die aber ähnlich pragmatische Züge und Regierungsstile haben.

Präsident Chávez ist nicht nur der wichtigste Gegner der USA, sondern proklamiert auch den Sozialismus des 21. Jahrhunderts und fördert eine Reihe von sozial- und parteipolitischen Massnahmen, die auf seine Ziele ausgerichtet sind. Präsident Uribe ist der wichtigste regionale Alliierte Washingtons und proklamiert die Nutzlosigkeit der Unterscheidung zwischen links und rechts. Seine wichtigste Obsession ist die Niederschlagung des Terrorismus – er spricht nur in dieser Bezeichnung von den kolumbianischen Guerillaorganisationen – sei dies auf militärischem Weg oder über Verhandlungen, jedoch nach seinen Vorgaben. Doch beide Präsidenten haben Züge von Caudillos und haben einen Regierungsstil, welcher von vielen Beobachtern als populistisch bezeichnet wird.

Trotz dieser Verschiedenheiten und Ähnlichkeiten ist es notwendig hervorzuheben, dass die Beziehungen zwischen den beiden Ländern, nach einer Krise, welche durch die irreguläre Verhaftung von FARC-Vertreter Rodrigo Granda in Venezuela zu Beginn des Jahres 2005 hervorgerufen worden war, heute einen der besten Momente durchleben.<sup>1</sup> Es scheint, dass die beiden Regierungen gelernt haben, dass es trotz der ideologisch-politischen Differenzen möglich ist, herzliche und offene Beziehungen zu haben. Die Unterschiede werden eher innenpolitisch ausgebreitet.

Dies führt dazu, dass sowohl die Regierung von Uribe wie auch die Regierung von Chávez gewinnen können. Uribe, indem er in einem regionalpolitischen Szenario Regierungen eine Unterstützung gibt, die ihn unter anderen Umständen mindestens mit gewisser Distanz sehen könnten. Zudem kann Uribe damit den USA zeigen, dass es in der Region eine politische Unterstützung für die Suche von strategischen Problemen gibt, ohne dass dafür die USA um Erlaubnis ersucht werden muss. Klar ist, dass Uribe damit nicht Spannungen mit den USA hinaufbeschwören will. Chávez seinerseits verhilft dies zu einer regionalen Führungsrolle und kann ihn in gewisser Weise auch dazu zwingen, in seiner Aussenpolitik vorsichtiger zu sein. Zudem schickt er damit an die Adresse der USA eine Botschaft der

---

<sup>1</sup> Der Handelsaustausch wächst ununterbrochen. Schätzungen zufolge wird er dieses Jahr die 5 Mrd. US\$ Grenze überschreiten. Die Energieprojekte – Gaspipeline der Guajira, Erdölversorgung in den Grenzgebieten – konsolidieren sich und dazu kommt die Rückkehr von Venezuela in das Andenbündnis CAN, welches zur Zeit von Uribe präsiert wird. Die Rückkehr Venezuelas ins CAN scheint kurzfristig aufgrund von Sonderregeln möglich zu sein.

regionalen Solidarität, welche die chavistischen Phantasmen eventueller Destabilisierung minimieren.

Die kolumbianische Guerilla hätte ihrerseits ein ideales Szenario um den Krieg abzuschliessen und einen politisch ehrenhaften Friedensschluss zu erreichen. Aber es ist auch ein Szenario, das man schwerlich verlassen kann, es sei denn unter hohen politischen Kosten.

Wenn diese positive Entwicklung Fortschritte macht, könnten wir in ein neues Szenario eintreten, in dem es eine Situation des Gewinnens für beide Seiten gibt, ein win-win-Situation. Dies zu einem guten Teil dank der Vermittlungsrolle von Senatorin Córdoba und einem realistischen Verhalten von Uribe und Chávez. Notwendig ist der bäuerliche Pragmatismus der FARC, welchen die FARC bei anderen Gelegenheiten bewiesen hat, und der die FARC verstehen lässt, dass eine einmalige Chance gekommen ist, die nicht ungenutzt gelassen werden darf.

### **Die Schatten**

Es gibt aber auch keinen Zweifel darüber, dass das humanitäre Abkommen viele Schwierigkeiten mit sich bringt. Einige gehören zum politischen und internationalen Kontext Kolumbiens, andere gehören zu den Forderungen, welche die FARC und Dritte gegenüber der ebenso rigiden Haltung der kolumbianischen Regierung aufgestellt haben.

Die Haltung von politischen Kreisen Kolumbiens, welche jedwelche Art des Gesprächs mit der Guerilla als Zeichen der Schwäche betrachten und daher für kriegerische Lösungen sind, darf nicht unterschätzt werden. Es gibt selbst innerhalb der Regierung abweichende Meinungen und in diesem Sinne hatte Piedad Córdoba Recht mit ihrer Forderung, es solle einen einzigen Sprecher der Regierung in dieser Sache geben, am besten der Friedensbeauftragte. Uribe scheint dies akzeptiert zu haben. Aber auch auf internationaler Ebene gibt es viele Akteure, welche ein Interesse am Scheitern der Vermittlung von Chávez haben, da sie nicht wollen, dass er diese Art von Triumph erntet. Es wäre nicht verwunderlich, wenn von dieser Seite her das Panorama verdüstert würde.

Ebenso muss man die bisherigen komplexen Forderungen der FARC in Betracht ziehen: 1. Zwei Gemeinden des Dep. Valle del Cauca – Pradera und Florida – sollen demilitarisiert werden, um dort einen humanitären Austausch auszuhandeln. Diese Forderung könnte man jetzt theoretisch fallen lassen, da nun das venezolanische Angebot da ist. Doch sicherlich wird diese Forderung erneut auftauchen für die Durchführung des Austausches von Entführten gegen Gefangene, wenn ein Übereinkommen da ist. 2. Der Vorschlag der FARC, dass alle gefangenen Guerilleros mit in den humanitären Austausch eingeschlossen werden müssen. Mit gemeint sind hier auch Simon Trinidad und Sonia, welche an die USA ausgeliefert und dort verurteilt wurden. Dies bedeutet die aktive Präsenz eines dritten Akteurs, der Regierung und der Justiz der USA. Das Auftreten von demokratischen US-Parlamentariern, den Familienangehörigen der drei entführten US-Amerikaner und die Gespräche von Piedad Córdoba mit Funktionären der US-Regierung scheinen hier alternative Lösungen aufgezeigt zu haben. Trotzdem ist dies ein komplexes und schwer lösbares Thema.

Die Regierung von Alvaro Uribe ihrerseits hat klar einige unverrückbare Kriterien aufgestellt. In erster Linie will sie keine demilitarisierten Zonen auf nationalem Gebiet zulassen. Hier gilt es nicht zu vergessen, dass Uribe seine erste Präsidentschaftswahl wesentlich dank seiner harten Kritik an der von der Regierung Pastrana angeordneten Demilitarisierung des Caguán verdankte. Zweitens fordert Uribe, dass die freigelassenen Guerilleros sich verpflichten müssen, nicht mehr zu Gewalt zu greifen, d.h. dem bewaffneten Kampf als Methode abzuschwören.

Dies zeigt die Schwierigkeiten sowohl für die Regierung wie für die FARC und dritte Vermittler auf. Diese Schwierigkeiten müssen überwunden werden, soll ein humanitärer Austausch möglich werden. Eine schwierige Arbeit, die viel Fingerspitzengefühl braucht.

